

***Kriminalprävention in der Stadtentwicklung -
ein Blick in vier Europäische Länder***

**Dirk Behrmann
Anke Schröder**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Sicher leben in Stadt und Land
Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages
16. und 17. April 2012 in München
Forum Verlag Godesberg GmbH 2013, Seite 221-230

978-3-942865-15-9 (Printausgabe)
978-3-942865-16-6 (eBook)

Dirk Behrmann / Anke Schröder

Kriminalprävention in der Stadtentwicklung – ein Blick in vier Europäische Länder

Planning urban Security – Planen urbaner Sicherheit ist ein Thema, das aufgrund demografischer und gesellschaftlicher Veränderungsprozessen zu dynamischen Entwicklungen vor allem in Groß- und Mittelstädten Europas führt. Das Interesse für den Zusammenhang zwischen städtebaulichen Strukturen und Kriminalität ist die Folge einer Entwicklung zu interdisziplinären, gesamtgesellschaftlichen Lösungsansätzen und der Zusammenführung der lange Zeit getrennt gedachten Politikfelder Städtebau, Kriminal- und Sozialpolitik. Das Sicherheitsgefühl der Wohnbevölkerung zu stärken bedeutet Impulse für mehr Lebensqualität zu setzen.

In den Jahren 2009-2012 war das LKA verantwortlich für die Durchführung eines von der EU geförderten Forschungsprojektes “Planning urban Security – PluS”¹.

Ziel des Projektes war, bisherige Strategien und Ansätze zur Kriminalprävention im Städtebau in den Partnerländern Deutschland, Großbritannien, Österreich und Polen zu eruieren und die Möglichkeiten einer gemeinsamen Strategie zur Implementierung kriminalpräventiver Maßnahmen in den einzelnen Ländern auszuloten. Darüber hinaus wurden Möglichkeiten zur Einführung kriminalpräventiver Maßnahmen in strategische Planungsprozesse ausgearbeitet, so dass neben den Projektpartnern weitere Länder der Europäischen Union von dem Projekt profitieren können.

Der Fokus der Untersuchung lag auf innerstädtischen Quartieren und dem Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung. Nach der baulich-räumlichen Beschreibung der ausgewählten Quartiere sowie der soziodemografischen Darstellung der Bevölkerungsstruktur wurde anhand der Fallbeispiele in Manchester, Hannover, Wien und Szczecin zum einen das Kriminalitätsaufkommen sowie weitere Delikte unterhalb des bestehenden Strafmaßes aufgezeigt². Zum anderen wurden bereits existierende kriminalpräventive Aktivitäten dargestellt, bei denen es sich entweder um konkrete Projekte als auch um die Einbindung der Thematik in die Organisationsstrukturen des Projektgebietes (Netzwerke, Verantwortungen, Bürgerinnen und Bürgerbeteiligung) handelte.

¹ Mit finanzieller Unterstützung aus dem Programm „Prevention of and Fight against Crime (ISEC)“ of the European Union, European Commission - Directorate-General Home Affairs und dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Landespräsidium für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPPBK)

² Bei den so genannten „Incivilities“ handelt es sich in der Regel um Probleme, die das Zusammenleben in einem Stadtteil beeinträchtigen (z.B. antisoziales Verhalten wie pöbeln, spucken oder auch Müll und Dreck auf den Straßen)

Bevölkerungsbefragung

Um eine international übertragbare Strategie zu entwickeln wurde in einem nächsten Schritt eine Bevölkerungsbefragung³ durchgeführt. Der Fragebogen basiert auf verschiedenen nationalen und internationalen Studien (z.B. International Crime Victimization Survey (ICVS) und dem Heidelberger Modell) und bezog sich auf sieben Kategorien:

- Angaben zur Wohnsituation und zum Wohnumfeld
- Qualität der Nachbarschaft
- Erfahrungen mit Kriminalität
- Kriminalitätsfurcht bzw. Sicherheitsempfinden
- Mögliche Lösungsansätze
- Persönliche Angaben (Geschlecht, Alter, Herkunft, Bildungsstand, Erwerbstätigkeit)
- Länderspezifische Fragen

Ausgehend von den Hypothesen, dass sich das Sicherheitsempfinden der Wohnbevölkerung erhöht, je länger die Menschen im Stadtteil leben, und eine längere Wohndauer abhängig ist von der sozialen nachbarschaftlichen Einbettung sowie der höheren Wohnqualität, gab es überraschende Ergebnisse. Die Hypothesen ließen sich nicht in allen Ländern bestätigen. Beispielsweise wohnen die überwiegend jungen Menschen in Single- und Paarhaushalten in Manchester (sehr) gerne in ihrem Stadtteil, fühlen sich aber nur geringfügig als Teil desselben⁴. In Szczecin hingegen wohnen vor allem Großhaushalte mit 3 und Mehrpersonen seit 20 Jahren und länger, was auf eine starke soziale Bindung hindeutet. Die Befragten in Szczecin geben jedoch nur teilweise an gerne dort zu wohnen, sich aber stärker als Teil des Stadtteils zu fühlen.

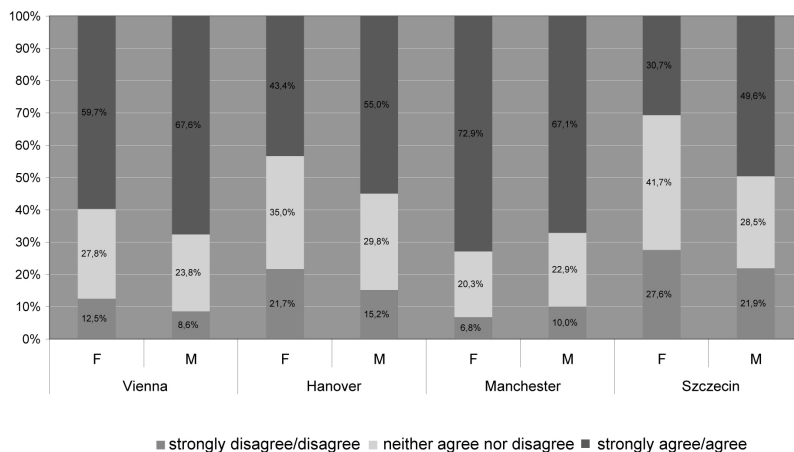
Auch die vertiefenden Fragen nach der Wohnqualität und den sozialen Bindungen ergab ein variables Bild. Auffallend war, dass die Befragten in Wien (ältere Menschen und lange Wohndauer) und Manchester (jüngere Menschen und kurze Wohndauer) zahlreiche Menschen im Stadtteil und auch ihre Nachbarn beim Namen kennen. Sie haben Kontakt zu den Nachbarn, besuchen sich jedoch selten zu Hause. In Hannover und Szczecin hingegen kennen die Befragten zwar deutlich weniger Personen im Stadtteil und auch ihre Nachbarn nicht beim Namen, sie pflegen aber engere Beziehungen, indem sie sich (insbesondere in Szczecin) häufig zu Hause besuchen. Demzufolge scheinen nachbarschaftliche Kontakte zwar wichtig zu sein, die Intensität der Nachbarschaft scheint jedoch keinen Einfluss auf die Wohndauer zu haben.

³ In der repräsentativen Umfrage wurden jeweils 1000 Einwohner und Einwohnerinnen in den Projektstandorten befragt. Der Rücklauf liegt bei 25% aus Manchester bis 41% aus Hannover (siehe LKA Niedersachsen: Interim Report, Hannover 2010).

⁴ Der Frage „Ich wohne gerne in meinem Stadtteil“ stimmen 80% der Befragten zu, während nur 40% angeben sich als Teil des Stadtteil zu fühlen.

Welche Auswirkungen sich aus diesen Erkenntnissen auf das Sicherheitsgefühl der Wohnbevölkerung ergeben wurde u.a. mit der Frage operationalisiert: Zu Hause fühle ich mich sicher und geborgen.

Abb. 1 Zu Hause fühle ich mich sicher und geborgen



Aus der Befragung ging hervor, dass sich die Befragten in Manchester und Wien am sichersten fühlen. Am unsichersten fühlen sich Frauen in Szczecin und Hannover. Bezug nehmend auf die Hypothese „je höher die Identifikation mit dem Stadtteil – desto größer das Sicherheitsgefühl“ stellt sich auch diese Situation lokalspezifisch differenziert dar. Während sich die Situation in Wien (hohe Identifikation und geringes Unsicherheitsgefühl) positiv, in Szczecin (geringe Identifikation – hohes Unsicherheitsgefühl) negativ bestätigt wird, lässt sich die Hypothese in Hannover (hohe Identifikation – höheres Unsicherheitsgefühl im Vergleich) und in Manchester (geringe Identifikation und im Vergleich geringstes Unsicherheitsgefühl) nicht bestätigen.⁵

Aus der quantitativen Befragung ging hervor, dass sich die Situationen in den einzelnen Ländern nicht unmittelbar vergleichen lassen. Die quantitative Befragung bestätigte, dass aus der Vielzahl an kulturellen Unterschieden und individueller Sicherheitswahrnehmung keine standardisierten Lösungen abzuleiten sind. Die Schwierigkeiten einer europäischen Normierung für kriminalpräventive Maßnahmen im Städtebau werden damit unterstrichen. Europäische Normierungen sind nur erfolgversprechend, wenn sie auf jede Situation übertragbar sind.

⁵ Vertiefende Erkenntnisse aus der Befragung und weiterführende Informationen sind zu finden unter www.plus-eu.com. Dort stehen die einzelnen Projektberichte zum download bereit.

Expertinnen und Experteninterviews

Der quantitativen Befragung folgten Interviews mit Expertinnen und Experten vor Ort. Dabei ging es vor allem um die Frage, inwieweit die Experten und Expertinnen bereits mit kriminalpräventiven Maßnahmen im Städtebau vertraut sind und welche sich bislang als wirkungsvoll herausgestellt haben. Bei den Experten und Expertinnen handelt es sich um Personen, die beruflich oder ehrenamtlich im Quartier verankert sind und ggf. zusätzlich privat mit dem Projektgebiet verbunden sind (z.B. aus den Bereichen Polizei, Verwaltung, Bildung, Planung). Die Befragten äußerten sich zu Themenfeldern wie Stadtteilmanagement und Kooperationen, Probleme im Stadtteil und mögliche Problemlösungen, Verantwortung / Leitung für kriminalpräventive Maßnahmen im Städtebau. Festzustellen war, dass sich die Experten und Expertinnen mit den lokalspezifischen Problemen in ihren Tätigkeitsbereichen gut auskannten, dass häufig jedoch ein größerer Überblick durchaus wünschenswert wäre. Während in Manchester und Hannover bereits auf ein bestehendes Netzwerk und zahlreichen Kooperationen aufgebaut werden kann, ist die Zusammenarbeit interdisziplinärer Kreise in Wien und Szczecin auszubauen. Auch in der qualitativen Befragung zeigen sich deutliche Unterschiede im internationalen Vergleich. Zusammenfassend konnte festgestellt werden, dass Lösungsvorschläge, die in einem Projektgebiet Wirkung zeigen, in einem anderen Gebiet aufgrund lokaler Voraussetzungen und Strukturen völlig nutzlos sein können.

Als Erkenntnis aus den beiden Befragungsrunden ging hervor, dass ein wichtiges Instrument zur Berücksichtigung kriminalpräventiver Maßnahmen im Städtebau die Entwicklung und Umsetzung von Kriterien und Maßnahmen auf der lokalen Planungsebene ist. Wirkungsvolle und nachhaltige Lösungsvorschläge können nur im lokalen Kontext entwickelt werden. Hilfreich dazu sind sicherlich Hilfestellungen und Best-Practice-Beispiele. Auf der Umsetzungsebene sind aber die jeweiligen Verantwortungsträger vor Ort zu lokalisieren und in die Planung und Umsetzung konkreter Projekte zu beteiligen.

Entwicklung eines Qualifizierungsmodells zur Professionalisierung kriminalpräventiver Maßnahmen im Städtebau

Um dem Ziel des EU-Projekts „Planning urban Security – Plus“ nach international übertragbare Instrumente und Maßnahmen für die Kriminalprävention im Städtebau näher zu kommen, wurde der Blickwinkel im nächsten Schritt auf die prozesshafte Projektentwicklung gelegt. Eine Analyse vorhandener Strukturen und Prozesse mit den Fragestellungen, wer an konkreten Umsetzungsprozessen bereits beteiligt ist und wer zukünftig in bestehende Prozesse involviert sein sollte, stand bei der Entwicklung eines Modells im Fokus.

- Welche Voraussetzungen sind erforderlich, um kriminalpräventive Maßnahmen in Planungsprozesse implementieren zu können?

- Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um zur Professionalisierung der Akteure und Akteurinnen beizutragen?
- Wer muss an Prozessen beteiligt werden, um kriminalpräventive Maßnahmen umzusetzen?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurde ein Qualifizierungsmodell zur Professionalisierung kriminalpräventiver Maßnahmen in vier Schritten entwickelt. Diese Modellidee entstammt dem Prozessmanagementsystem der Ökonomie. Die Prozessoptimierung ist immanenter Bestandteil, um auf veränderte Rahmenbedingungen mit innovativen und nachhaltigen Lösungen zu reagieren (Hammer 2007) und wurde im Folgenden auf das Themenfeld der Stadtentwicklung transformiert und angepasst.

Die Entwicklung des Qualifizierungsmodells soll dazu dienen, den Fortschritt von Handlungsprozessen eigenständig einschätzen und kritisch bewerten zu können. Ein Vorteil dieser Selbsteinschätzung ist die Messbarkeit von Erfolgsfaktoren innerhalb eines Entwicklungsschritts sowie das Aufzeigen einer Entwicklungsperspektive. Als strategischer Plan ermöglicht es allen an Kriminalprävention Beteiligten (z.B. Städte und Gemeinden, Polizei, Planung und andere Verantwortungsträger), einen Veränderungsprozess anzustreben, neue Ideen und Innovationen zu entwickeln und festgefahrene Strukturen aufzubrechen, um den Blick auf wandelnde Anforderungen und notwendige Erneuerungen zu öffnen.

Bei der Projektentwicklung wurden so genannte „must haves“ und „could haves“ identifiziert, die als Leitlinien dienen sollen.

Abb. 2 Qualifizierungsmodell zur Professionalisierung der Kriminalprävention in der Stadtentwicklung



Auf Level 1 setzt die Sensibilisierung ein. Ein (Pilot-)Projekt mit dem Bezug zu bestehenden Unsicherheiten oder zur Kriminalität wird initiiert, bestehende Unruhen, deviantes Verhalten oder Delikte durch bestimmte Maßnahmen sollen verringert werden. Impulse können aus unterschiedlichen Bereichen kommen, z.B. durch Wohnungsmarktanalysen, Bevölkerungsbefragungen oder kriminologischen Regionalanalysen. Experten und Expertinnen können nicht nur auf bestehende Konflikte aufmerksam machen sondern sollen in die Lage versetzt werden, geeignete Vermeidungsstrategien zu entwickeln.

Level1

Must Haves

- Bewusstsein über Kriminalitäts-/Sicherheitsprobleme auf Entscheidungsebene schaffen (z. B. durch kriminologische Regionalanalyse, Wohnungsmarktanalyse, Bevölkerungsbefragung oder kriminalpräventive Projekte)
- Beratungsteam mit erforderlichen Autoritäten und Engagement und Kenntnis über Kriminalprävention im Städtebau ausstatten
- Zugang zu geeigneten Hilfsmitteln, Kriterien und Best-practice Beispiele herstellen

Could Haves

- Kriminalprävention im Städtebau durch Öffentlichkeitsarbeit und mediale Präsenz befördern
- Kriterien der Kriminalprävention im Städtebau in Auswahlverfahren für alle an Planung Beteiligte beachten (z. B. über Expertenlisten – Architekten und Architektinnen sowie Stadtplaner und –planerinnen mit besonderen Fähigkeiten)

Auf Level 2 wird die Übertragung auf ähnliche oder andere Situationen vorgenommen und ist der erste Schritt in Richtung Präventionsmaßnahmen. Hier erfolgt die Einbindung kriminalpräventiver Maßnahmen entlang der strategischen Planung und in Entwicklungsprojekten. Für die Erfüllung der Einbindung kriminalpräventiver Maßnahmen in Stadtentwicklungsprozesse ist der kommunale, politische Wille notwendig. Weiterhin ist die Beteiligung der Polizei, der Planung und anderer Verantwortlicher erforderlich.

Must Haves

- Erklärter (kommunaler) politischer Wille für die Implementierung kriminalpräventiver Maßnahmen in der Stadtentwicklung
- Mitwirkung von Entscheidungsträgern einer Organisation bei der Verankerung von Kriminalprävention in der Stadtentwicklung (Polizei, Planung, andere Verantwortliche)

Could Haves

- Anreize über Auslobung und Prämierungen guter Beispiele schaffen

Must Haves

- Anschauungsbeispiele für die Umsetzung kriminalpräventiver Maßnahmen darstellen
- Abgestimmte Vereinbarungen und Kriterien zur Verankerung kriminalpräventiver Maßnahmen in strategischen Stadtentwicklungsprojekten
- Verfügbarkeit von ausgebildeten Experten und Expertinnen für die Vermittlung kriminalpräventiver Maßnahmen in der Stadtentwicklung
- Zugang zu und Unterstützung von Experten und Expertinnen:
- Zugang zu Kriminalitätsdaten und Möglichkeiten zur Interpretation schaffen
- Fähigkeiten erlangen, Beratungen und Beurteilungen anzubieten
- Zugang zu abgestimmten Richtlinien und Good-Practice-Beispielen

Das Managen bzw. Verwalten kriminalpräventiver Maßnahmen in alle Planungs- und Bauprozesse, um Baugenehmigungen kennzeichnen Level 3. Zwingend notwendig sind transparente und korruptionsfreie Planungsprozesse. Eine aktive Rolle nehmen die lokal organisierten Stadt- und Planungsabteilungen ein, die abgestimmte Vereinbarungen und Kriterien zur Verankerung der Kriminalprävention in der Stadtentwicklung in Planungsprozessen voranbringen und unterstützen. Voraussetzung für diesen Professionalisierungsschritt ist eine ausreichende Anzahl an Experten und Expertinnen, um den Beratungs- und Beurteilungsbedarf zu decken.

Must Haves

- Transparente und (korruptionsfreie) Planungsprozesse
- Lokal organisierte Stadt- und Planungsabteilung, mit aktiver Rolle im Prozess
- Abgestimmte Vereinbarungen und Kriterien zur Verankerung der Kriminalprävention in der Stadtentwicklung in Planungsprozessen
- Bestätigung wirksamer Kriterien für die Beurteilung von Entwicklungsprozessen
- Ausreichende Anzahl an Experten und Expertinnen, um den Bedarf zu decken

Could Haves

- Unterstützende Gesetzgebung und Regelwerke auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene

Der höchste Professionalisierungsgrad ist auf Level 4 erreicht, wenn die Einbettung kriminalpräventiver Maßnahmen stattgefunden hat und diese integraler Bestandteil von Planungs- und Entwicklungsprozessen geworden sind. Dafür ist es zwingend notwendig, Kriminalprävention und Sicherheitsmaßnahmen im Städtebau in einem frühen Planungs- und Bauprozess einzubinden. Darüber hinaus stehen Experten und Expertinnen nicht nur beratend zur Seite sondern sind fester Bestandteil der Planungsprozesse.

Must Haves

- Einbindung kriminalpräventiver Maßnahmen und Sicherheitsaspekte in einem frühen Planungs- und Bauprozess, Unterstützung durch alle Beteiligten (umfasst Kosten und Qualität); Experten und Expertinnen sind in den Prozessablauf eingebunden und stehen nicht nur beratend zur Seite
- Abgestimmtes Vorgehen zur routinemäßigen Berücksichtigung kriminalpräventiver Maßnahmen in alle Stadtentwicklungsprozesse
- Zugang zu und Förderung von Experten und Expertinnen der Kriminalprävention
- Zugang zu Kriminalitätsstatistiken und Fähigkeit zur Interpretation
- Erwerb und Erhalt von Wissen und Fähigkeiten kriminalpräventiver Maßnahmen

Could Haves

- Gebührenpflichtiger Beratungsservice für das Themenfeld
- Darstellung kleinräumiger Kriminalitätslagebilder und kriminologischen Regionalanalysen als Entscheidungshilfen
- Qualitätsmanagement (Kontrolle über Evaluation)

Bei der Einstufung in die einzelnen Level ist zu berücksichtigen, dass das Ziel des friedlichen Miteinanders, der objektiven sowie der subjektiven Sicherheit nicht erst mit Level 4 erreicht ist. Die Hochstufung ist abhängig von der Kriminalitätsrate bzw. von auftretenden Delikten und antisozialem Verhalten vor Ort.

Einstufung der Projektpartner

Während der Projektlaufzeit wurden alle bekannten Maßnahmen und Projekte der einzelnen Projektpartner in das Modell eingeordnet.

Die polnischen Projektpartner in Szczecin befinden sich auf Level 1 mit der Tendenz zu Level 2. Als Probleme wurden die Innenhöfe im Untersuchungsgebiet identifiziert. Der vernachlässigte bauliche Zustand führt zu einer Ansammlung unerwünschter Gruppen, die durch übermäßigen Alkoholkonsum, Pöbeleien und Aggressivität auffielen. In der Folge führte dies zu einem starken Unsicherheitsgefühl bei der ansässigen Wohnbevölkerung. Auf Anreize der Polizei kam es zu einer Kooperation zwischen Polizei, Eigentümern und Eigentümerinnen mit den Bewohnern und Bewohnerinnen. Die anschließende Aufwertung der Innenhofbereiche führte zu einer Verbesserung der örtlichen Situation. Diese Erfahrungen fließen seitdem in Neubauprojekte ein.

Der deutsche bzw. niedersächsische Beitrag kann dem Level 2-3 zugeordnet werden. In Niedersachsen bestehen zahlreiche Kooperationen, z.B. in der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen mit dem Qualitätssiegel Sicheres Wohnen. Zahlreiche Dokumentationen, Leitfäden und Informationsmaterialien zu kriminalpräventiven Maßnahmen stehen zur Verfügung. Erste Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Praktiker und Praktikerinnen und im Bereich der Polizei haben stattgefunden. Konkrete Kriterien stehen zur Verfügung. Sicherheit wird als Bestandteil für mehr Lebensqualität vermittelt.

Ebenfalls auf Level 2 -3 wird der Beitrag aus Österreich eingruppiert. Insgesamt ist hier eine geringe Kriminalitätsrate auszumachen. Eine formale Kooperation zwischen Polizei und Planung besteht zwar nicht, über die Gender Mainstreaming Strategie fließen aber Sicherheitsaspekte automatisch in Planungsprozesse ein. Ohne Berücksichtigung der Aspekte kann ein Planungsprozess gestoppt werden. Damit ist eine strategische Einbindung der Aspekte gewährleistet.

Die Aktivitäten in Manchester sind auf dem höchsten Level einzustufen. Aufgrund der hohen Kriminalitätsrate in den 1990er Jahren ist der Grad der Professionalisierung vergleichsweise hoch. Im gesamten Land Großbritannien sind Kriminalitätsdaten und Sicherheitsaspekte in einem frühen Stadium von Designprozessen formal verankert. In Manchester sind zahlreiche Einzelmaßnahmen auf konkrete Problemlagen abgestimmt. Langjährige Kooperationen haben sich etabliert und arbeiten in enger Abstimmung. (z.B. Design Against Crime Solution Centre mit der Greater Manchester Police). In Großbritannien zeigt sich jedoch auch, dass aufgrund von Sparmaßnahmen vor allem im sozialen Bereich gute Projekte und Netzwerke nicht im gleichen Umfang weitergeführt werden können. Es bleibt abzuwarten, ob die Kriminalitätsrate aufgrund rückläufiger Unterstützungstendenzen erneut ansteigen wird.

Durch die Einordnung der Aktivitäten aus den Partnerländern ist es gelungen, spezifische Einzelmaßnahmen als auch gesamte Strategieansätze in den Modellansatz einzuordnen. Zukünftig wird es darum gehen, das Modell weiteren Akteuren in der Kriminalprävention im Städtebau zur Verfügung zu stellen und auf die Situation vor Ort anzuwenden.

Inhalt

Vorwort	1
I. Der 17. Deutsche Präventionstag im Überblick	
<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i> Münchener Erklärung	5
<i>Erich Marks / Karla Schmitz</i> Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 17. Deutschen Präventionstages	9
<i>Erich Marks</i> “Sicher is’, dass nix sicher is’, drum bin i’ vorsichtshalber misstrauisch.” zur Eröffnung des 17. Deutschen Präventionstages	35
<i>Wiebke Steffen</i> Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag: Sicher leben in Stadt und Land	47
<i>Joachim Herrmann</i> Grußwort des Bayerischen Staatsministers des Innern	121
<i>Christian Ude</i> Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München	127
<i>Rainer Strobl / Christoph Schüle / Olaf Lobermeier</i> Evaluation des 17. Deutschen Präventionstages	131
II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte	
<i>Axel Groenemeyer</i> Wege der Sicherheitsgesellschaft	177
<i>Norbert Seitz</i> Facetten des Bevölkerungsschutzes – nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern	195
<i>Rita Haverkamp</i> Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen – Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)	205
<i>Bernhard Frevel / Christian Miesner</i> Das Forschungsprojekt Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol	215

<i>Dirk Behrmann / Anke Schröder</i> Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder	221
<i>Holger Floeting</i> Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen	231
<i>Sybille Oetliker / Tillmann Schulze</i> Sichere Schweizer Städte 2025	237
<i>Joachim Häfele</i> Zum Einfluss von abweichendem Verhalten auf das subjektive (Un-) Sicherheitsgefühl und personale Kriminalitätseinstellungen. Eine Mehrebenenanalyse	243
<i>Dieter Hermann</i> Bedingungen urbaner Sicherheit - Kriminalprävention in der Postmoderne	275
<i>Wilfried Blume-Beyerle / Robert Kopp</i> S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum	291
<i>Martin Schairer</i> Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger	297
<i>Herbert Schubert</i> Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel für sicheres Wohnen in Niedersachsen	303
<i>Frederick Groeger-Roth / Herbert Schubert</i> „Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht...“ Erfahrungen mit „Communities That Care – CTC“ in Niedersachsen.	329
<i>Christiane Sadeler</i> Trotz alledem: die Geschichte der Kriminalprävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde	345
<i>Marie-Luis Wallraven-Lindl</i> Städtebauliche Kriminalprävention	347
<i>Detlev Schürmann</i> Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminalprävention	359

<i>Melanie Blinzler</i> Nachhaltigkeit und Kommunale Prävention	373
<i>Bernd Fuchs / Reiner Greulich</i> Netzwerk Rhein-Neckar / Heidelberg - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt	383
<i>Rainer Cohrs</i> Sicher in Bus und Bahn - Präventionsarbeit bei der Münchner Verkehrsgesellschaft	395
<i>Gunnar Cronberger / Guido Jabusch</i> Schritt für Schritt – ÖPNV-Nutzung durch Menschen mit geistiger Behinderung	399
<i>Gerd Neubeck</i> Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention	405
<i>Wolfgang Gores / Julia Muth</i> Zivilcourage Ja! - Aber wie?	407
<i>Christian Weicht</i> Räumliche Kriminalprävention – Jugend im öffentlichen Raum	411
<i>Thomas Kutschaty</i> Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen	417
<i>Andreas Mayer</i> Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels	433
<i>Holger Bölkow / Celina Sonka</i> Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität	445
<i>Helmut Fünfsinn / Helmut Seitz</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung	449
<i>Silke Eilzer / Heinz-Peter Mair</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa	457
III Autoren	465